

Buchbesprechungen

Asimakopulus, Athanasios (Ed.): Theories of Income Distribution. Recent Economic Thought Series. Kluwer Academic Publishers, Boston - Dordrecht - Lancaster 1988. 255 S. US\$ 120,- / UK£ 47,95.

Der vorliegende Sammelband enthält neben dem einleitenden Überblicksartikel 7 Review-Artikel über teils alternative Verteilungstheorien, während zwei weitere Beiträge empirischer Natur sind. Thematisch werden wichtige Erklärungsmuster der Verteilungsanalyse in der Abfolge Klassik, Marx, Neoklassik, Marshall, Postkeynesianismus, Neo-Ricardianismus, Allgemeine Gleichgewichtstheorie von verschiedenen Autoren vorgestellt. Die einzelnen Arbeiten sind in sich geschlossene Abhandlungen des jeweiligen Themas, die nicht aufeinander aufbauen. Es gibt auch keine Querverweise. Allerdings erfolgt in der Einleitung von A. *Asimakopulus*, der gleichzeitig Herausgeber des Bandes ist, eine vergleichende Einordnung der Beiträge quasi als Vorgeschmack auf das Folgende. Dabei klassifiziert *Asimakopulus* die Theorien nach ihren Beiträgen zu folgenden verteilungstheoretischen Aspekten: Einbeziehung von sozialen und institutionellen Gegebenheiten, Rolle der Residualeinkommen, unterstelltes Gleichgewichtskonzept einschließlich Rolle der Zeit. Die Einleitung ist eher eine Art Zusammenfassung und nur mit erheblichen Vorkenntnissen oder allenfalls nach der Lektüre der theoretischen Beiträge verständlich. Die Abfolge und Auswahl der Beiträge ist etwas problematisch. Der letzte theoretische Beitrag zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie ist explizit neoklassisch und hätte insofern dort besseren Platz gefunden. Das gilt auch bei dogmenhistorischer Betrachtung. Der ausführliche Beitrag über die Marshallische Verteilungslehre ist heute meines Erachtens entbehrlich, da inhaltlich bzw. thematisch nichts Neues auftaucht. Dagegen wäre ein eigener Beitrag zu Kalecki / Keynes durchaus angebracht gewesen, da zahlreiche moderne Verteilungstheorien dort anknüpfen.

Die abschließenden empirischen Beiträge C. *Dagum* und R. *Rowley* behandeln zwei interessante Verteilungsaspekte. C. *Dagum* untersucht die empirische Entwicklung der funktionellen Verteilung für Kanada, die USA und Großbritannien, während R. *Rowley* den Zusammenhang zwischen Verteilungsungleichheit und wirtschaftlicher Entwicklung nachgeht. Auf beide wird hier nicht näher eingegangen. Allgemein bleibt zu bemängeln, daß die empirische Arbeit von *Dagum* keinen Bezug zu den vorausgegangenen theoretischen Artikeln herstellt.

Nun zu den theoretischen Beiträgen im einzelnen.

Weldon's Beitrag zur klassischen Verteilungstheorie versucht die Gemeinsamkeiten von 200 Jahren Klassik (Petty, King, Turgot, Smith, Say, Ricardo, Malthus, Mill, Marx) herauszuarbeiten. Er stellt heraus, daß die Klassiker im Gegensatz zur Neoklassik die Verteilung für wachsende Wirtschaften und unter Berücksichtigung von Institutionen und sozialen Gegebenheiten analysieren. Dabei spielt durchgängig der Kapitalist die zentrale Rolle. Die klassische Theorie mit der Tendenz zu Subsistenzlöhnen und Unterbeschäftigung der Arbeit ist nach *Weldon* operational und überprüfbar. Der gebotene Überblick trifft sicher einige Kernpunkte der klassischen Lehre, ist aber insofern etwas pauschalierend, weil auf interessante Theorieaspekte nicht näher eingegangen werden kann. Nützlich wäre meines Erachtens eine intensi-

vere Auseinandersetzung z.B. mit der Verteilungsanalyse von A. Smith gewesen, die ähnlich ausführlich hätte sein können wie die zur Marx'schen Theorie, die D. P. Levine vornimmt (S. 49 - 74).

Die Grundideen der Marx'schen Verteilungslehre (*wage bargain, law of capitalist accumulation*) werden von Levine sauber dargestellt und diskutiert. Zusammenfassend wertet Levine diese Hauptaspekte Marx'scher Verteilungsüberlegungen für die moderne Theorie aus und kommt bis zum entscheidenden Punkt: nämlich der Frage nach der Wirtschaftsordnung. Dabei stellt Levine auf zwei Hauptaspekte Marx'scher Verteilungsanalyse ab. Einerseits hängt das Ergebnis bezüglich der Einkommensverteilung von der Art und Weise der Lohnverhandlungen ab, die historisch eng mit dem *Klassenkonflikt* verbunden sind. Andererseits wird die Einkommensverteilung wesentlich durch die langfristigen Erfordernisse der Kapitalakkumulation festgelegt. Dabei unterscheidet er nach Marx drei Entwicklungsstufen. In der ersten Stufe eines ständigen Überhangs an Arbeit folgt ein niedriger Reallohn. Die zweite Stufe ist geprägt durch eine ausgeprägte Kapitalakkumulation. Hohe Produktivitätsfortschritte erlauben hohe Reallohnzuwachsrate. In der dritten Stufe reifer Wirtschaften mit abnehmenden Produktivitätsfortschritten kommt es zu heftigen „Konflikten“ zwischen Kapitalerfordernissen und Lohnforderungen. Es bestehen enge interdependente Zusammenhänge zwischen Investitionen, Einkommensverteilung und Preisbildung. Inwieweit diese Konflikte im Rahmen einer privatkapitalistisch organisierten Wirtschaft reguliert werden können, oder ob Marx's Erwartung zunehmender Instabilitäten eintritt und eine Umorganisation der Gesellschaft nötig wird, bleibt nach Levine abzuwarten.

A. J. Braff stellt die Entwicklung der neoklassischen Theorie der Einkommensverteilung (Jevons, Walras, Menger, Wieser, Clark, Wicksell) dar, die sich als Teil einer allgemeinen Preisbildung versteht. Anschließend beschäftigt er sich mit der makroökonomischen Version der funktionalen Verteilung auf der Basis spezieller Produktionsfunktionen und unter Einbeziehung des technischen Fortschritts. Dies und die sich anschließende Diskussion über die Kapitalkontroverse ist etwas unsystematisch. Der Hinweis auf die Neuinterpretation der Neoklassik durch Malinvaud und die zusammenfassenden kritischen Bemerkungen bleiben zu global. Generell ist hier anzumerken, daß von der Systematik her jetzt hätte der Beitrag von Howard folgen müssen, der die allgemeine (*neoklassische*) Gleichgewichtstheorie behandelt. Es folgt dagegen ein Beitrag von Whitaker zur Verteilungslehre von A. Marshall. A. Whitaker versucht zu zeigen, daß Marshall, was die Verteilungslehre angeht, ein Neoklassiker mit klassischen Akzenten ist, was meines Erachtens eher dogmenhistorisch interessant ist, die Entwicklung der Verteilungstheorie aber wenig bereichert.

Betrachtet man die Beiträge von Weldon, Levine, Braff, Whitaker und den später folgenden von Howard im Zusammenhang, so sind etliche Überschneidungen zu konstatieren, die bei intensiverer Abstimmung hätten vermieden werden können. Zudem fehlen die Verbindungslinien, wenn man mehr als einen bloßen Reader zur Verteilung erwartet. Nach Klassik und Neoklassik folgen nun zwei keynesianische Beiträge, bei denen es ebenfalls zu Überschneidungen kommt. Auch hier wäre eine geschicktere Abstimmung hilfreich gewesen.

Asimakopulus' Beitrag zur postkeynesianischen Verteilungstheorie stellt im wesentlichen die Verteilungstheorie von Kalecki und die Kaldor-Pasinetti-Ansätze dar und streift leider nur sehr knapp die Versuche zur Integration von Investitionsentscheidung, Preisbildung (Eichner, Kenyon und Harcourt, Wood) und Verteilung. Hinweisartig bleibt der Vergleich mit der ebenfalls integralen Analyse von Kalecki. Der Abschnitt über Kalecki's Verteilungsanalyse erfaßt die wichtigsten Aspekte, scheint mir aber vergleichsweise – wenn man bedenkt, daß Marshall ein eigener Bei-

ZWS 109 (1989) 3

trag gewidmet ist – knapp geraten. Zumal viele moderne postkeynesianische Ansätze direkt an den Analysen von Kalecki anknüpfen, der als einer der ersten explizit Angebotsverteilung (Monopolgradtheorie) und Nachfrageverteilung (Kreislauftheorie) integriert. Außerdem verbindet Kalecki die Verteilungsanalyse mit der Investitions- und Konjunkturtheorie. Diese und andere Aspekte der Schriften Kalecki's greift neuerdings Kriesler auf (Kriesler, P., 1987, Kalecki's microanalysis. The development of Kalecki's analysis of pricing and distribution, Cambridge et al.). Der Beitrag zur postkeynesianischen Verteilungstheorie ist insgesamt etwas bruchstückhaft. Man vermisst das verbindende Konzept. Insbesondere die Bemühungen von Postkeynesianern, Verteilung, Wachstum und Konjunktur gemeinsam zu analysieren, werden kaum diskutiert. Postkeynesianische Versuche, die Verteilung im Rahmen einer dynamischen Ungleichgewichtsanalyse zu erklären, werden nicht erwähnt. Hier wäre meines Erachtens der Zusammenhang zum neo-ricardianischen Beitrag von *Roncaglia* gegeben und ausbaufähig.

Roncaglia's Beitrag zum neo-ricardianischen Beitrag zur Verteilungstheorie behandelt im wesentlichen Sraffa's Versuch als Wiederentdeckung der klassischen Verteilungslehre, in der letztlich der „Klassenkonflikt“ bzw. die Verhandlungsstärke die Einkommensverteilung bestimmt. Durch die dominante Macht der Kapitalisten (Smith) oder durch den Bevölkerungsmechanismus (Malthus) wird der Lohn quasi historisch auf seine „natürliche“ Existenzhöhe gebracht. Daneben und danach werden Ansätze diskutiert, die die Profitrate exogen bestimmen. Beide Wege sind nach *Roncaglia* für eine Verteilungstheorie unbefriedigend. Einen Ausweg aus diesem Dilemma sieht *Roncaglia* gegeben, wenn man die Gleichgewichtstheorie aufgibt und Löhne und Profite als Ergebnis eines dynamischen historischen Prozesses auffaßt, in dem soziale und ökonomische Bestimmungsfaktoren gemeinsam und in ihrer dynamischen Interdependenz betrachtet werden. Hier hätten die Gemeinsamkeiten von Klassik, Postkeynesianismus und Neo-Ricardianern hervorgehoben werden können.

Als letzter theoretischer Beitrag folgt *Howard's* Artikel zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie der Verteilung, der systematischer im Rahmen der Neoklassik hätte abgehandelt werden können, zumal er sich direkt auf die neoklassische, walrasianische Version der Gleichgewichtstheorie bezieht. Zunächst werden einige allgemeine Eigenschaften genereller Gleichgewichte diskutiert. Dabei vermisst man die verteilungsmäßig relevante und interessante Verbindung der Gleichgewichtstheorie zum allgemeinen Pareto-Optimum. Am Ende folgen eher hinweisartig kritische Einwände zur Relevanz der Gleichgewichtstheorie unter den Stichwörtern: Unsicherheit, Erwartungen, Ungleichgewichte u. a., die zum Teil Aspekte der vorstehenden Beiträge wieder aufgreifen, aber nicht weiter diskutieren. Wenn am Ende dieses Beitrags und damit am Ende des theoretischen Teils des gesamten Bandes die neoklassische Gleichgewichtstheorie als Maß zur Bewertung alternativer Theorien empfohlen wird, so ist das sicher nicht unbestritten der Stand der modernen Theorie.

Insgesamt liefern die 8 theoretischen Beiträge des vorliegenden Bandes interessante Aspekte, Theorien und Diskussionen zur Verteilungsanalyse der Klassik und Neoklassik, des Postkeynesianismus und des Neo-Ricardianismus. Trotz des einleitenden Überblicks von *Asimakopulus* stehen die einzelnen Beiträge zu isoliert nebeneinander. Übergänge und zusammenfassende Hinweise wären sehr hilfreich gewesen. Der Band ist kein Ersatz für ein Lehrbuch zur Verteilungstheorie und ohne die Vorab- lektüre eines Lehrbuchs nur wenig hilfreich. Moderne Verteilungstheorien sowohl postkeynesianischer als auch neoklassischer Prägung kommen nur in Hinweisen vor. Ebenso fehlen die zahlreichen Integrationsversuche im Rahmen der Neuen Makro- ökonomik bzw. Ungleichgewichtsökonomik. Trotzdem handelt es sich bei dem vorlie- genden Band um einen lesenswerten Überblick der großen Richtungen der Theorie.

Kirchen, Alfons: Schätzung zeitveränderlicher Strukturparameter in ökonomischen Prognosemodellen (Mathematical Systems in Economics Vol. 111). Athenäum, Frankfurt am Main 1988. 259 S. Kt. DM 54,-.

Ziel der Arbeit von Kirchen ist die Eignungsprüfung des Kalman-Filter-Ansatzes für die Verbesserung der Prognosefähigkeit ökonomischer Modelle. Ausgangspunkt ist dabei die Überzeugung, daß im ökonomischen Bereich „geschätzte Verhaltensparameter keine Naturkonstanten sind, sondern sich im Zeitablauf in Abhängigkeit von der sozialen und politischen Entwicklung langsam ändern“. (W. Krelle im Vorwort zu der Arbeit.) Obwohl dies wohl von den meisten empirisch arbeitenden Forschern konzipiert wird, gehören die sich konsequenterweise anbietenden Schätzmethoden mit zeitvariablen Parametern auch heute noch keineswegs zum Standard-Repertoire der Ökonometrie. Es ist ein Verdienst der Arbeit von Kirchen, die Kluft zwischen Theorie und praktischer Anwendung in überzeugender Weise geschlossen zu haben.

Kirchen gelingt im ersten Teil eine geschlossene auf einem wahrscheinlichkeitstheoretischen Ansatz beruhende Darstellung der Grundlagen des Kalman-Filter-Ansatzes. Ausgehend von der optimalen Schätzung von Zufallsvektoren werden die Kalman-Filter- und Glättungsgleichungen hergeleitet und die Äquivalenz zwischen Kalman-Verfahren und GLS-Methode gezeigt. Dieser Teil erhebt nicht den Anspruch, zu wesentlich neuen theoretischen Ergebnissen zu führen, er soll vielmehr eine Übersicht über den Stand der Forschung geben. Dabei ist für den Nicht-Spezialisten hilfreich, daß Kirchen an verschiedenen Stellen Beispielrechnungen einfügt, die die Schätzproblematik illustrieren.

Kirchen legt im weiteren das Schwergewicht auf die besonderen Schwierigkeiten, mit den bei der Anwendung der Kalman-Methode auf ökonomische Probleme zu rechnen ist. Es wird nachgewiesen, daß in der bisherigen Literatur vielfach mit unbefriedigenden bzw. fehlerhaften Ansätzen gearbeitet worden ist. Das Hauptproblem liegt ja nicht in der Verwendung der rekursiven Filter- und Glättungsformeln (sie sind heute bereits in einer Reihe von ökonomischen Computer-Programmen verfügbar), das Hauptproblem liegt neben der Bestimmung des Anfangszustands und der entsprechenden Kovarianz in der Spezifikation und der Identifikation des für den Parameterprozeß unterstellten Modells (Kirchen spricht in diesem Zusammenhang von der unbekanntem „Hyperstruktur“). Ad-hoc Setzungen, so weist der Verfasser nach, scheiden aus, weil sie zu völlig willkürlichen Ergebnissen für die Parameterzeitpfade führen können.

Während in bisherigen Anwendungen meist speziellere Spezifikationen benutzt wurden, geht Kirchen von dem umfassenderen „Econometric Model with Evolutionary Parameter Structure“, dem sog. EMEPS-Modell von Los, bzw. einem „allgemeinen stationären Parametermodell“ aus. Kirchen diskutiert Probleme der Likelihood-Bestimmungen für diese Modellklassen und leitet einen Maximum-Likelihood-Schätzer für die unbekanntem Hyperstruktur her. Die Maximierung der Likelihood-Funktion mit Hilfe eines numerischen Optimierungsalgorithmus ist jedoch bei größeren Modellen sehr rechenzeitaufwendig. Kirchen wählt deshalb für die praktische Anwendung einen anderen Weg auf der Grundlage des „Estimation-Maximization“-Algorithmus von Dempster, Laird und Rubin (1977). Bei diesem iterativen Ansatz, der erstmalig von Watson, Engle (1983) auf Zustandsraummodelle angewendet worden ist, werden in einer Art Zick-Zack-Verfahren im Wechsel zunächst die Koeffizientenzeitpfade des Modells unter der Annahme einer bekannten Hyperstruktur und danach aus den Zeitpfaden der geglätteten Koeffizienten mit Hilfe der Methode der scheinbar unverbundenen Regressionen verbesserte Schätzer für die Hyperstruktur gewonnen.

Unter bestimmten Voraussetzungen führt diese Methode ebenfalls zu Maximum Likelihood-Schätzern. Ein origineller Beitrag von Kirchen liegt darin, diese Methode mit der kanonischen Korrelationsanalyse von Akaike zu verknüpfen. Dadurch kann der Umfang des zu schätzenden Parametervektors bei jedem Iterationsschritt u.U. beträchtlich reduziert werden, da nur diejenigen Komponenten erhalten bleiben, die einem geeigneten Informationskriterium nach auch einen gesicherten Erklärungsbeitrag leisten. Auf diese Weise kann von sehr allgemein spezifizierten Parametermodellen ausgegangen werden, die wegen der Vielzahl der eingeschlossenen Parameter sonst nicht schätzbar wären. Ein weiterer Vorteil liegt offenbar darin, daß die Konvergenzgeschwindigkeit des EM-Algorithmus erheblich gesteigert wird.

Um die Praktikabilität zu zeigen, wendet Kirchen sein Verfahren im zweiten Teil der Arbeit zunächst auf ausgewählte ökonomische Schätzprobleme sowie dann auf das neue makroökonomische Bonner Vierteljahresmodell an. Hierbei werden allerdings die Modellgleichungen separat, d.h. ohne Berücksichtigung von Modellinterdependenzen geschätzt. Schwergewicht wird auf die dynamische ex-post Analyse auf der Grundlage zeitlich variierender Parameter gelegt. Kirchen unterstellt drei verschiedene Varianten bei der Spezifikation des Parameterprozesses, neben der random-walk Modellierung wird ein autoregressives und schließlich das allgemeine stationäre Parametermodell betrachtet. Der Autor kann nachweisen, daß alle drei Varianten gegenüber einem Ansatz mit konstanten Koeffizienten Vorteile bei der Kurzfristprognose (bis zu vier Quartalen) bringen. Bei Verwendung des allgemeinen stationären Parametermodells können auch über einen mittelfristigen Zeitraum (bis zu 12 Quartalen) deutliche Prognoseverbesserungen erzielt werden.

Die Arbeit von Kirchen ist zweifellos als ein wichtiger Beitrag zu einer vermehrten Anwendung von Verfahren mit zeitvariablen Koeffizienten in der Ökonometrie zu werten. Kritisch bleibt anzumerken, daß die theoretischen Implikationen der Kombination von EM-Verfahren und kanonischer Korrelationsanalyse m. E. noch nicht ausreichend herausgearbeitet worden sind. Als *desiderata* für zukünftige Forschung sind zu nennen: die Entwicklung verbesserter Teststatistiken, die Ausweitung der Methode auf Mehrgleichungsmodelle sowie eine genaue Untersuchung der Small-Sample Eigenschaften verschiedener Verfahren zur Schätzung der Hyperstruktur nicht nur anhand von Beispielsrechnungen sondern auch anhand von Simulationsrechnungen mit einer ausreichenden Anzahl von Replikationen.

J. Möller, Konstanz

Smeets, Heinz-Dieter: Importschutz und GATT. Eine handelspolitische Studie unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Schutzklausel (Art. XIX) des GATT (Sozialökonomische Forschungen, Bd. 21). Verlag Paul Haupt, Bern - Stuttgart 1987. 318 S. Fr. 40.- / DM 48,-.

Es ist unbestreitbar, daß das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg einen nachhaltigen Einfluß auf die Außenhandelspolitik der Vertragspartner ausgeübt hat. In gemeinsamen Verhandlungen gelang es, einzelne Märkte zu öffnen, Zölle und zum Teil auch nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen sowie internationale Streitfragen zu schlichten. Das wissenschaftliche Interesse galt dabei vornehmlich staats- und völkerrechtlichen Verfahrensfragen und der Transferierbarkeit von GATT-Recht in nationales Recht. Erstaunlich ist, wie selten das GATT auf seine ökonomische Relevanz hin analysiert wurde, wie zum Beispiel auf die Wirksamkeit der vorgegebenen außenhandelspolitischen Instrumente, die erlaubten Gegenmaßnahmen und die Ausnahmebestimmungen. Und dies, obwohl

gerade die Außenhandelstheorie wie kaum ein Bereich der Ökonomie fortgeschritten ist.

Heinz-Dieter Smeets geht in seiner kürzlich vorgelegten Arbeit von der klar formulierten Fragestellung aus, welche Tatbestände bei einer Neufassung der in Art. XIX des GATT enthaltenen Schutzklausel als schutzwürdig gelten, welche Instrumente bei gegebener Ziel-Mittel-Effizienz die geringsten wirtschaftspolitischen Neben- und Fernwirkungen aufweisen, und wie lange der getroffene Importschutz andauern soll. Die Analyse beschränkt sich auf den Schutz der Industrieländer und schließt die Bereiche Agrar- und Textilwirtschaft wegen ihrer Sonderstellung in den einzelnen Volkswirtschaften sowie im GATT aus. Als neue Protektionsargumente betrachtet der Autor vor allem die Economies of Scale und die Ungewißheit in der Weltwirtschaft, wobei der Bewegung der Wechselkurse relativ viel Platz eingeräumt wird. Fragen der nationalen Sicherheit, des sozialen Friedens und der Beschäftigung sind weitgehend ausgeklammert.

Im Abschnitt Reformvorschläge und Reformdiskussion kommt Smeets zum Schluß, es sei unmöglich, „auf der einen Seite für ein multilaterales Handelssystem zu plädieren und auf der anderen Seite Selektivität im Rahmen des Artikels XIX zuzulassen“ (S. 90). An dieser Stelle wäre interessant zu erfahren, wie die vom GATT in Art. XIX gewährte Selektivität bei Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen ist.

In der Analyse der handelspolitischen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen hin folgt ein Vergleich zwischen Zöllen, Subventionen und quantitativen Restriktionen, zuerst unter der Annahme von festen und anschließend unter der Vorgabe flexibler Wechselkurse. Als theoretische Unterlagen dienen vor allem die Arbeiten von Bhagwati, Shibata, Bergsten und Gröner. Die Ausführungen sind knapp (bei der Darstellung komplizierter Zusammenhänge vielleicht zu knapp) gehalten, die daraus abgeleiteten Ergebnisse indessen aktuell und interessant. Entschließt sich ein GATT-Vertragspartnerland aus sektoralen Gründen zur Beschränkung des internationalen Handels, „so sollte man bei gleicher Ziel-Mittel-Effizienz, hier also bei gleichem Schutzeffekt, auf dasjenige Instrument zurückgreifen, das den geringsten Wohlfahrtsverlust aufweist. Bei festen Wechselkursen sind dies unter Berücksichtigung aller Neben- und Fernwirkungen Subventionen und Zölle. Quantitative Maßnahmen und insbesondere Exportselbstbeschränkungsabkommen weisen demgegenüber erheblich höhere Wohlfahrtsverluste auf und sollten selbst im Rahmen von Art. XIX keinen Einsatz finden. An dieser grundsätzlichen Einschätzung der Schutzinstrumente ändert sich auch dann kaum etwas, wenn man sie bei flexiblen Wechselkursen einsetzt“ (S. 214/215). Mir scheint, diese Ergebnisse gehen über Art. XIX hinaus und haben für sämtliche Schutzmaßnahmen des GATT Gültigkeit. Dies vor allem deswegen, weil in der GATT-Literatur die Meinung vorherrscht, Art. XIX habe sich auf das Instrument der Zölle zu beschränken und die mengenmäßigen Schutzmaßnahmen seien allein zur Behebung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten vorgesehen.

Der Anhang der Arbeit enthält eine wertvolle Sammlung der Aktionen gemäß Art. XIX des GATT, zeitlich geordnet und nach anrufenden und betroffenen Vertragsparteien sowie Produktgruppen gegliedert.

Die Arbeit von Smeets ist zusammenfassend betrachtet für alle jene, die sich für die wirtschaftliche Relevanz des GATT interessieren, eine äußerst wertvolle, wenn auch anspruchsvolle Studie. Sie richtet sich ausschließlich an Ökonomen und setzt ein gutes theoretisches Rüstzeug in der Außenwirtschaftstheorie voraus, vor allem, wenn die Legenden zu den Ableitungen und Graphiken spärlich ausfallen (wie z. B. auf S. 26, 141, 204 und Anhang), wenn es sich um komplizierte Abbildungen handelt, deren Annahmen und Ableitungen als bekannt vorausgesetzt werden (z. B. Darstel-

lung der Tauschkurven) oder wenn eine angesprochene Abbildung nicht aufzufinden ist (Abb. 37 auf S. 209?). Aber die Arbeit von Smeets will kein allumfassendes Textbuch noch ein in sich geschlossenes Lehrbuch sein, sondern eine Analyse einzelner aktueller Fragen im Umkreis der Schutzartikel des GATT. Die Auswahl der Probleme und das analytische Vorgehen wirken manchmal etwas eigenwillig. Trotzdem sind die Ergebnisse von hoher Aktualität und bilden einen wertvollen und lesenswerten Diskussionsbeitrag zur Lösung der im GATT hängigen Neuformulierung der Schutzartikel.

R. Senti, Zürich

Heinze, Rolf G. / Hombach, Bodo / Scherf, Henning (Hrsg.): Sozialstaat 2000. Auf dem Weg zu neuen Grundlagen der sozialen Sicherung. Ein Diskussionsband (Reihe Arbeit, Bd. 20). Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1987. 283 S. Brosch. DM 29,80.

Der vorliegende Band mit 23 Diskussionsbeiträgen ist nicht als eine Zusammenfassung von wissenschaftlicher Diskussion gedacht, auch wenn zumindest der Großteil der Autoren zugleich Wissenschaftler sind. Auch das Jahr 2000 im Titel sollte nicht zu wörtlich genommen werden. Der Band ist nicht mehr und nicht weniger als eine genuin politisch verstandene Positionsbestimmung einer starken – aber nicht vollständig repräsentativen – Gruppe innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieser Tatbestand macht das Werk nicht etwa wertloser als „rein“ wissenschaftliche Auseinandersetzungen, eher im Gegenteil. Aber er gibt dem Rezensenten doch gewisse Vorgaben für eine Besprechung mit auf den Weg. Ausgewogenheit etwa im Sinne einer erschöpfenden Repräsentanz verschiedener sozialpolitischer Positionen kann und darf weder erwartet noch angemahnt werden.

Den inhaltlichen Schwerpunkt des Bandes bilden folgerichtig einige Eckpfeiler der gegenwärtigen sozialpolitischen Diskussion aus sozialdemokratischer Sicht, vor allem die Frage der „Grundsicherung“ an der Stelle oder ergänzend zur bestehenden Alterssicherung oder der Sozialhilfe und die in der Sozialdemokratie nach wie vor intensiv diskutierte „Maschinensteuer“. Daneben gibt es ein eigenes Kapitel über „Sozialpolitik und Frauen“ und ein abschließendes Kapitel über die Integration von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Eingeleitet wird der Band durch eine Reihe von politisch-programmatischen Grundsatzreferaten durch einige der politischen und gesellschaftlichen Exponenten der sozialdemokratischen Sozialpolitik (Klaus Gretschmann / Rolf G. Heinze / Josef Hilbert / Helmut Voelzkow, Claus Offe, Herbert Ehrenberg, Johannes Rau, Hans-Jürgen Krupp und Bernhard Badura). Zum Teil handelt es sich bei diesen Beiträgen allerdings nur um Statements mit Thesencharakter.

Die Diskussion zum Thema Grundsicherung (mit Beiträgen von Stephan Leibfried, Henning Scherf, Anita B. Pfaff, Walter Hanesch und Hermann Heinemann) spiegelt bei genauer Lektüre die ambivalente Position der SPD zu dieser Frage wider, die ja sowohl von ganz „progressiv“ bis „konservativ“ mit äußerlich überraschend ähnlichen Reformideen „eingemauert“ wurde. Alle Autoren lassen erkennen, daß ihnen Erhalt und Fortbestehen der sozialen Sicherungssysteme am Herzen liegen und ein vollständiger Systemwechsel deshalb als unrealistisch und inpraktikabel verworfen wird. Die Verfasser der Beiträge zu diesem Thema sind allesamt zu sehr Praktiker der Sozialpolitik, um den nur geringen Spielraum für Erweiterungen des sozialen Sicherungssystems angesichts solcher Vorgaben zu erkennen. Immerhin wird aber alternativ zu einer Mindestsicherung im Rahmen der Alterssicherung auch ein Mindestsicherungsmodell im Rahmen der Arbeitslosenversicherung diskutiert.

Zum Thema Maschinensteuer ist vor allem anzumerken, daß die beiden Beiträge von *Gerhard Bäcker* und *Bert Rürup* trotz inhaltlich sehr ähnlicher Argumente zu gegensätzlichen Schlußfolgerungen kommen. Während für *Bäcker* die Nachteile einer solchen Finanzierungsform gegenüber ihren Vorteilen überwiegen, hält *Rürup* die Maschinensteuer nach wie vor für eine notwendige und sinnvolle Reformalternative.

In einem eigenen Abschnitt „Sozialpolitik und Frauen“, ausschließlich von Frauen verfaßt (*Barbara Riedmüller, Annelies Kohleiss, Ute Gerhard, Gisela Bender* und *Ilse Ridder-Melchers*), beschäftigen sich die Autorinnen mit den vielfältigen Diskriminierungen von Frauen durch die Sozialpolitik (oder genauer: durch das Sozialversicherungssystem). Dabei wird zwar Sozialpolitik als „Instrument männlicher Herrschaft“ entlarvt (*Ute Gerhard*), aber doch zumindest von der gleichen Autorin geschlußfolgert, daß die Behandlung von Frauen in der Sozialpolitik bei weitgehend lohnbezogener Ausgestaltung nur ein Reflex sein kann ihrer Rolle während des Erwerbslebens.

Den Abschluß des Bandes bilden einige Beiträge (von *Bodo Hombach, Gert Wagner / Reinhold Thiede, Helmut Rohde* und *Alfred Dallinger*), die eine integrative Sicht der Reformbemühungen der sozialen Sicherung propagieren. Bei diesen wie bei vielen der anderen Beiträge muß angesichts der Vielfalt der Fragestellungen inhaltliche Ausgestaltung gegenüber einer eher skizzenhaften und thesenartigen Präsentation zurücktreten. Wenn sich der Leser zum Abschluß der Lektüre mehr und genaueres zum Thema wünscht, dann ist dies aber jedenfalls nicht das schlechteste Fazit, das man ziehen kann. Es gibt viel zu tun für eine zukunftsgerichtete Ausgestaltung des Sozialstaats. Gerade auch jene, die sich im Grenzgebiet zwischen Politik und Wissenschaft bewegen, sollten noch längst nicht aufhören, über neue Lösungsvorschläge nachzudenken. Anders als man dies erwarten könnte, bietet das vorliegende Buch eine erstaunlich wenig utopistische und inhaltlich instruktive und kurzweilige Lektüre auch für jene, denen parteipolitische Äußerungen generell verdächtig sind.

R. Dinkel, Bamberg

Windisch, Rupert (Hrsg.): Privatisierung natürlicher Monopole im Bereich von Bahn, Post und Telekommunikation (Walter Eucken Institut, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen, Bd. 22). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1987. XII, 379 S. Ln. DM 178,-.

Bundespost und Bundesbahn stehen im Zentrum der gegenwärtigen Deregulierungsdebatte in der Bundesrepublik. Beiden Unternehmen wird eine unzureichende Flexibilität vorgeworfen, durch die der Strukturwandel behindert und gesamtwirtschaftliche Wachstumschancen vergeben würden. Im Fernmeldebereich herrsche ein Unterangebot zu überhöhten Preisen, während im Postbereich und im Eisenbahnverkehr ein Überangebot zu subventionierten Preisen aufrecht erhalten werde. Wie die Effizienz in diesen Wirtschaftsbereichen erhöht werden kann, wird in dem von Rupert Windisch herausgegebenen Sammelband analysiert. Bei allen Beiträgen geht es nicht um die Kritik am Verhalten öffentlicher Unternehmen, sondern um eine Kritik der institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer diese Unternehmen tätig sind.

Den sektorspezifischen Beiträgen ist ein umfangreicher Beitrag vorangestellt, in dem *Windisch* einige theoretische Grundlagen zur staatlichen Regulierung natürlicher Monopole darstellt. Kapitel I dieses Grundlagenbeitrags bietet eine sehr gelungene Darstellung der wichtigsten Public Choice-Hypothesen zum Verhalten staatlich regulierter Unternehmen sowie zum Verhalten der Regulierungsinstanzen. Nach diesen Ansätzen sind organisierte Interessengruppen die Hauptnutznießer

ZWS 109 (1989) 3

staatlicher Regulierungen, die auf Kosten der Newcomer und der Konsumenten im politischen Entscheidungsprozeß durchgesetzt werden.

Im zweiten Kapitel des Beitrags von *Windisch* geht es um die Existenzbedingungen eines natürlichen Monopols. Dabei wird insbesondere auf die Arbeiten von Baumol und anderen zum Konzept der contestable markets rekurriert. Dort wurde gezeigt, daß ein natürliches Monopol bei Mehrproduktunternehmen dann und nur dann vorliegt, wenn bei jedem einzelnen Produkt die „Zusatzdurchschnittskosten“ fallen und gleichzeitig Verbundvorteile zwischen den verschiedenen Produktlinien bestehen.

Im dritten und vierten Kapitel wird diskutiert, ob natürliche Monopole staatlicher Regulierung bedürfen oder ob der fehlende Wettbewerb im Markt durch einen Wettbewerb um den Markt ersetzbar ist. Hier wird wiederum auf die Theorie der contestable markets zurückgegriffen, insbesondere auf die dort getroffene Unterscheidung zwischen Fixkosten und sunk costs. Wenn potentielle Konkurrenten keine Kosten des Marktaustritts zu befürchten haben, wird ein unreguliertes natürliches Monopol wettbewerbsanaloge Marktergebnisse aufweisen. Darüber hinaus wird gezeigt, wie das Ausmaß an Quersubventionierung zwischen verschiedenen Produktlinien eines öffentlichen Unternehmens ermittelt werden kann und welche Konsequenzen das „Rosinenpicken“ privatwirtschaftlicher Konkurrenz für die Beständigkeit eines natürlichen Monopols hat.

Im fünften Kapitel schließlich wird auf die Kontroverse zwischen Harold Demsetz und Oliver Williamson zur optimalen Form des Staatseingriffs bei natürlichen Monopolen eingegangen. Nach Demsetz sollte der Staat die Konzession für ein natürliches Monopol an dasjenige Unternehmen versteigern, das sich verpflichtet, den Markt zu den niedrigsten Preisen zu bedienen. Williamson plädiert dagegen für staatliche Kontrollen des Monopolunternehmens, da es im komplexen Leistungsbereich natürlicher Monopole unmöglich sei, die über einen längeren Zeitraum hinweg zu erbringende Leistung vor Vertragsabschluß hinreichend präzise zu definieren.

Insgesamt überzeugt der Beitrag von *Windisch* vor allem durch die klare Darstellung der theoretischen Grundlagen des natürlichen Monopols. Er liefert damit zugleich einen umfassenden Überblick über die Theorie der contestable markets, der bislang im deutschen Sprachraum nicht zu finden war.

Die hochgesteckten Erwartungen, die der Leser nach der Lektüre des Beitrags von *Windisch* hegt, werden von den nachfolgenden Sektorbeiträgen nicht ganz erfüllt. Das dürfte allerdings auch daran liegen, daß die Theorie der contestable markets in der praktischen Anwendung deutliche Schwächen hat. Wie die Wettbewerbsverhältnisse im konkreten Einzelfall einzuschätzen sind, läßt sich mit diesem Konzept ungleich schwerer beurteilen als mit dem klassischen Structure-Conduct-Performance-Konzept.

In den Beiträgen von *Günter Knieps* und *Charles Blankart* werden die Möglichkeiten zur Deregulierung im Bereich der Deutschen Bundespost analysiert. Beide Autoren plädieren engagiert für eine Liberalisierung dieser Märkte. *Knieps*, der den Telekommunikationsbereich untersucht, spricht sich dafür aus, die verdeckte Subventionierung der Ortsgespräche durch eine offene Subventionierung zu ersetzen. Als Instrument dafür schlägt er eine gestaffelte Umsatzsteuer vor, deren Sätze bei jenen Fernmeldeleistungen besonders niedrig sein sollten, die aus politischen Gründen als förderungswürdig erscheinen.

Während *Knieps* vor allem die vermuteten positiven Aspekte einer Deregulierung auf das Innovationsverhalten im Telekommunikationsbereich betont, steht bei der Analyse des Postbereichs durch *Blankart* die Allokationseffizienz im Mittelpunkt.

Der quasi-automatische Subventionsfluß von der grauen Post habe bei der gelben Post zu einem unzureichenden Kostenbewußtsein geführt. Als wichtigsten Reformschritt empfiehlt Blankart daher eine strikte organisatorische Trennung von Fernmeldewesen und Postwesen, wie sie nach dem Kabinettsbeschluß vom Mai 1988 denn auch ansatzweise praktiziert werden soll.

Kenneth Boyer berichtet in seinem Beitrag über die Erfahrungen mit der Privatisierung der Eisenbahnen in Nordamerika. Er weist darauf hin, daß die Frachtsätze im Eisenbahngüterverkehr in den Vereinigten Staaten nur halb so hoch seien wie in der Bundesrepublik und daß trotzdem kostendeckend gearbeitet werde. Das sei in erster Linie durch eine Reduzierung des Leistungsangebots (kein Stückgutverkehr) sowie durch den Verzicht auf qualitativ hochwertige und technologisch anspruchsvolle Leistungen erreicht worden. Im Personenverkehr hätten sich privatwirtschaftliche Lösungen dagegen nicht durchsetzen können; es sei sogar zu einer Regulierung auf der Ebene einzelner Bundesstaaten gekommen.

Im letzten Beitrag untersucht *Jürgen Müller* die Möglichkeiten zur Privatisierung der Deutschen Bundesbahn. Er stellt fest, daß die gemeinwirtschaftlichen und regionalpolitischen Vorgaben nach einer Privatisierung nur erfüllbar wären, wenn der Personennahverkehr sowie der Stückgut- und Wagenladungsverkehr auf der Schiene auch künftig subventioniert werde. Ähnlich wie Knieps und Blankart in ihren Vorschlägen für die Deutsche Bundespost verweist Müller für die Deutsche Bundesbahn auf die erhöhte Subventionstransparenz, die eine Deregulierung nach sich ziehen würde. Außerdem sei zu erwägen, die Finanzierung der Subventionen zu regionalisieren, da auch die Nutznießer der Subventionen regional konzentriert seien.

Insgesamt vermittelt dieser Sammelband einen guten Überblick über die komplexe Thematik der Deregulierung im Bereich der beiden größten Bundesunternehmen. In allen Beiträgen wird deutlich, daß die derzeit bestehenden Regulierungen ökonomisch kaum zu rechtfertigen sind und einer ineffizienten Produktionsweise Vorschub leisten. Hinzufügen ließe sich, daß die Regulierung von Bundespost und Bundesbahn auch zu einer Belastung anderer Wirtschaftsbereiche führt. Informationsintensive Branchen wie beispielsweise das Kredit- und Versicherungsgewerbe könnten unmittelbar von Preissenkungen profitieren, die bei einer Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte zu erwarten wären. Und eine Liberalisierung im Eisenbahnverkehr könnte zugleich die starke Tarif- und Konzessionsbindung im Straßengüterverkehr, die letztlich dem Schutz der Deutschen Bundesbahn vor Substitutionskonkurrenz dient, entbehrlich machen.

Vernachlässigt wird in den sektorspezifischen Beiträgen ebenfalls die Frage, wie eine Liberalisierungspolitik mit dem herrschenden Beamtenrecht vereinbar gemacht werden kann. Bei einer Öffnung der Märkte für private Anbieter werden viele Beschäftigte wohl kaum bereit sein, zu Privatunternehmen zu wechseln, wenn sie dabei ihren Beamtenstatus verlieren würden. Es erscheint daher vordringlich, zumindest bei Neueinstellungen von Bundespost und Bundesbahn schon heute auf die Verbeamtung zu verzichten, um künftige Liberalisierungsmaßnahmen nicht unnötig zu behindern.

H. Klodt, Kiel

Häuser, K. (Hrsg.): Wandlungen der Besteuerung (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 160). Duncker & Humblot, Berlin 1987. 212 S. DM 78,-.

Der vorliegende Band enthält drei Referate, welche auf der 28. Arbeitstagung des Ausschusses für Finanzwissenschaft im Jahre 1985 in Augsburg gehalten und diskutiert worden sind.

Den Auftakt bildet das Referat von *Herbert Timm* über „Wandlungen der Besteuerung seit dem vorigen Jahrhundert“. In diesem weitgespannten Überblick spürt der Referent den wichtigsten Motiven und Triebkräften nach, welche die beschriebenen quantitativen und qualitativen Veränderungen im Steuersystem bewirkt haben. Geographisch gesehen umfaßt die Darstellung die wichtigsten westlichen Industriestaaten, nämlich Deutschland, das den Schwerpunkt bildet, sowie Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Als wichtigstes Merkmal der Entwicklung wird die zunehmende Besteuerung als Folge einer wachsenden Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen durch den Gesamtstaat diagnostiziert. Die damit einhergehende Entwicklung zum „Steuerstaat“ war im wesentlichen schon vor der Jahrhundertwende abgeschlossen. Mit Ausnahme Deutschlands, bei dem noch bis zum Ersten Weltkrieg die Erwerbseinkünfte in beachtlichem Maß zu den ordentlichen Einnahmen beitrugen, bewegte sich der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen in den übrigen Industrieländern im 19. Jahrhundert zwischen 80 und 90 v. H.

Parallel dazu verlief das Vordringen der Einkommensbesteuerung, verbunden mit einem rückläufigen Anteil der Verbrauchsbesteuerung sowie der (rohen) Besitzbesteuerung. Am ausgeprägtesten war diese Entwicklung in den USA und in Großbritannien. In Frankreich, wo von jeher die Verbrauchsbesteuerung von großer Bedeutung war, verlief dieser Prozeß verhaltener, und in Deutschland ist der Anteil der Einkommenssteuern am Gesamtsteueraufkommen erst geraume Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich angestiegen.

Neben dem fiskalischen Zweck der Einnahmenbeschaffung gewinnen dabei zunehmend auch nichtfiskalische Zielsetzungen, vor allem die Korrektur marktmäßiger Einkommensverteilung, an Bedeutung – Timm spricht in diesem Zusammenhang vom Wandel des Steuerstaats zum Interventionsstaat. Hierbei ergibt sich, daß anstelle der von J. Mill formulierten, auf Verteilungsneutralität zielenden Edinburger Regel „leave-them-as-you-find-them rule-of-taxation“, zunehmend die progressive Einkommensbesteuerung Anwendung findet. Sozialreformerische Bestrebungen, in erster Linie die der deutschen „Kathedersozialisten“ mit A. Weber als ihrem hervorragenden Vertreter, spielen dabei eine maßgebliche Rolle. Im Anschluß an Keynes tritt dann die Umgestaltung und der gezielte Einsatz der Besteuerung als Instrument wirtschaftlicher Stabilisierung hinzu. Schließlich sollen Steuern noch durch eine entsprechende Ausgestaltung ihrer Anreizstruktur als Mittel der Wachstumsförderung eingesetzt werden.

Daß ein dergestalt mit Aufgaben überfrachtetes Steuersystem schließlich in die „Krise des Steuerstaates“ einmünden mußte, ist nicht verwunderlich. Die das Referat abschließenden Überlegungen gelten denn auch notwendigen Reformmaßnahmen – im einzelnen werden dazu die Beiträge von Bernard, Seidl und Hedtkamp erörtert – die vor allem eine Änderung der Steuerstruktur in der Weise bringen sollten, daß die Einkommensbesteuerung insgesamt (wieder) zurückgedrängt wird – und hier vor allem ihre leistungs- und wachstumshemmenden Elemente. Im ganzen geht es darum, die Steuerquote und damit die Staatsquote zu senken. Daß es sich hierbei um eine schwierige, von erheblichen politischen Widerständen begleitete Aufgabe handelt, wird vom Referenten hervorgehoben.

ZWS 109 (1989) 3

Im zweiten Referat beschäftigt sich *Helga Pollak* mit der Frage: „Gibt es einen Wandel in der Einkommensteuer?“ Sie wird gestellt im Hinblick auf drei Problembereiche: 1. die Neu-Definition des Steuerobjektes, 2. die Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und 3. die Neugestaltung des Steuertarifs.

Was den ersten Problembereich angeht, so wird darin dem Sinneswandel nachgegangen, der sich insbesondere in den letzten 15 Jahren hinsichtlich des einzubeziehenden Steuerobjektes vollzogen hat. Galt vordem fast einmütig die synthetische Einkommensteuer mit einem in der Schanz-Haig-Simons-Tradition umfassend definierten Steuerobjekt als Idealbild der Besteuerung, so werden seither unter dem Einfluß der „Theorie der Optimalbesteuerung“ Argumente angeführt, die auf eine Eingrenzung des Steuerobjektes hinauslaufen. Hierbei handele es sich, so die Referentin, um eine Reaktion auf die starke Aufwertung, welche in dieser Zeit die Konsumsteuern erfahren haben. Der Berührungspunkt zur Einkommensteuer liege nun darin, daß dem Hauptargument zugunsten der Konsumsteuern, nämlich ihrer Überlegenheit im Hinblick auf die intertemporale Allokation, unter bestimmten Voraussetzungen durch eine Modifikation der Einkommensteuer Rechnung getragen werden könne, und zwar durch deren Beschränkung auf Einkommen, die nicht als Verzinsung früherer Ersparnisse anzusehen sind. Als allokatonsneutraler Ersatz für die allgemeine Einkommensteuer werden hierzu – unter der Annahme, daß Einkünfte nur in Form von Arbeitsentgelten und Zinsen erzielt werden – eine Konsumausgabensteuer und eine Arbeitseinkommensteuer (bei der Zinseinkünfte steuerfrei bleiben) genannt – behandelt wird von der Referentin indes nur letztere.

Im zweiten Problembereich geht es um Reformvorschläge zur Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage. In dem Bestreben, die Einkommensbesteuerung „gerecht“ zu gestalten, wurden in der Vergangenheit eine Vielzahl von steuermindernden Abzugsmöglichkeiten geschaffen, deren eigentlicher Zweck sich inzwischen in sein Gegenteil verkehrt hat, weil die meisten Steuerpflichtigen kaum noch in der Lage sind, sich ausreichend über die ihnen zustehenden Steuersparmöglichkeiten zu informieren und sie auch zu nutzen. Das Aufspüren von „Steuerschlupflöchern“ bleibt überwiegend denen vorbehalten, die finanziell in der Lage sind, professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen. Hinzu kommen Effizienzverluste, welche durch den (vermeidbaren) Aufwand an Kosten und Energie in einem komplizierten Steuererhebungs- und -veranlagungsverfahren entstehen. Als Abhilfe wird daher eine Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage zusammen mit einer drastischen Verringerung der Abzugsmöglichkeiten vorgeschlagen – im Grenzfall eingeschränkt auf persönliche Freibeträge für den Steuerpflichtigen und seine Familienangehörigen; damit wäre die Voraussetzung geschaffen, das notwendige Steueraufkommen bei niedrigeren (Grenz-) Steuersätzen zu erzielen und dadurch verschüttete Leistungsanreize (wieder) freizulegen. Die Referentin gibt allerdings zu bedenken, daß die durch eine Reduktion der Ausnahmetatbestände auf der Einnahmeseite eingesparten Verwaltungskosten auf die Ausgabenseite verlagert und u. U. sogar noch erhöht werden könnten, wenn die verteilungspolitisch motivierten Ausnahmeregelungen durch einen Katalog von Transferzahlungen und Subventionen ersetzt würden.

Zweifellos am nachhaltigsten war der Wandel der Auffassungen sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Praxis, der sich in den letzten Jahren hinsichtlich der wünschenswerten Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs, dem dritten Problembereich, durchgesetzt hat. Galt vordem eine Vielzahl von kontinuierlich ansteigenden Grenzsteuersätzen als wünschenswert – erstens mit der Begründung, daß nicht nur Gleiche gleich, sondern auch nahezu Gleiche gleich behandelt werden sollten, sowie zweitens mit dem Hinweis auf disincentive-Effekte, die durch das Zögern der Steuerzahler entstehen können, eventuelle Sprungstellen im Tarifverlauf durch vermehrte

Anstrengungen zur Einkommenserzielung zu überwinden – so werden in der neueren, von der Theorie der Optimalbesteuerung inspirierten Diskussion Tarifmodelle mit stark vereinfachter Tarifstruktur bevorzugt.

Aus den Vereinigten Staaten kommt hierzu der radikalste Vorschlag, eine sog. „flat rate tax“ mit einem einheitlichen (konstanten) Grenzsteuersatz, dem man sich insofern angenähert hat, als die dort diskutierten (und realisierten) Reformvorschläge nur noch eine geringe Zahl von Tarifstufen (mehrstufige „flat rate tax“) vorsehen. In der Bundesrepublik hat der Vorschlag des Sachverständigenrates, die am oberen und unteren Ende der Einkommenskala durch eine Proportionalzone ergänzte „lineare Progression“, inzwischen Eingang in die von der Bundesregierung beschlossene Tarifreform gefunden. Hierin spiegelt sich eine deutliche Akzentverschiebung. Herkömmliche Vorstellungen über eine „gerechte“ Steuerlastverteilung treten zurück; dafür wird der Gesichtspunkt der Verringerung von disincentive-Wirkungen im Hinblick auf das reguläre Arbeitsangebot sowie die Spar- und Investitionsbereitschaft in den Vordergrund gerückt. Die Akzentverschiebung an sich ebenso wie die dadurch erhoffte Stärkung der Leistungsanreize mag nicht auf allgemeine Zustimmung treffen, unstrittig dürfte hingegen die damit einhergehende Vereinfachung der Einkommensteuer sein, indem eine Vielzahl von „Folgeproblemen“, die bei der herkömmlichen direkten Progression auftreten, entschärft werden oder ganz wegfallen.

Im dritten und abschließenden Referat beschäftigt sich *Cay Folkers* mit den „Wandlungen der Verbrauchsbesteuerung“. Eingangs weist er in einer vorausschauenden Problemskizze unter anderem auf einen merkwürdigen Widerspruch hin. Einerseits könne man ohne Übertreibung konstatieren, „daß die Erkenntnisse über die Verbrauchssteuern in allen wesentlichen Fragen kontrovers sind“. Andererseits aber habe die Öffentlichkeit die Verbrauchssteuern nicht nur weitgehend akzeptiert – dies ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß ihre Einführung einst auf allseits scharfe Ablehnung stieß – sondern sie werden im Vergleich zu anderen Steuern sogar durchweg positiv beurteilt, was unter anderem darin zum Ausdruck komme, daß man für eine Senkung der Einkommensteuer im Gegenzug eine Erhöhung der Verbrauchsbesteuerung hinzunehmen bereit sei.

Im ersten Abschnitt wird dann nach Ausführungen zur Definition des Gegenstandes ein empirischer Überblick über die Entwicklung der Verbrauchssteuer gegeben von einer „aus der Not zu rechtfertigenden Abgabe“ hin zur „zweiten Säule“ (neben der Einkommensteuer) staatlicher Einnahmen.

Hieran schließt sich ein historisch bis auf Hobbes zurückgreifender Überblick über die Wandlungen der Ideen auf dem Felde der Verbrauchsbesteuerung an, welcher in der Tat die eingangs getroffene Feststellung bestätigt, wonach alle zu ihrer Rechtfertigung angeführten Begründungen angefochten werden – mit Ausnahme derjenigen, daß sie wegen des (ständig wachsenden) staatlichen Finanzbedarfs unentbehrlich sei.

Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit den nichtfiskalischen Zielsetzungen der Verbrauchsbesteuerung. Als solche gelten für die speziellen Verbrauchssteuern vor allem die Internalisierung externer Effekte im Konsumtions- und Produktionsbereich sowie die Einschränkung des Konsums bestimmter privater Güter (Demeritorisierung). Was das erste Ziel angeht, so wird auf die vielfältigen theoretischen und praktischen Probleme hingewiesen, welcher der auf Pigou zurückreichende Versuch mit sich bringt, mit Hilfe einer Steuer Pareto-optimale individuelle Entscheidungen im Produktions- und Konsumtionsbereich herbeizuführen. Er scheitert vor allem an fehlenden ex-ante Informationen (über die Pareto-optimalen Preis-Mengen-Kombinationen), die für die Bestimmung der Steuer erforderlich sind. Auch hinsichtlich des zweiten Ziels, der Korrektur individueller, am Markt sich offenbarender Präferenzen,

liegen die Dinge nicht besser. Schon das Ziel an sich ist umstritten, weil es als unvereinbar mit individueller Entscheidungsfreiheit angesehen wird. Hinzu kommt, daß entgegen der erklärten Zielsetzung nicht „erzieherische“, sondern letztlich fiskalische Gründe bei der Festlegung der Steuersätze den Ausschlag geben dürften. Folkers hierzu: „Die Steuern sind ... auf andere Zielsetzungen als die vorgegebenen ausgerichtet: auf sozialen Frieden (durch Besänftigung der Moralhüter, F. G.), geringen Steuerwiderstand und sichere Staatseinnahmen.“

Was die nichtfiskalischen Zielsetzungen allgemeiner Verbrauchssteuern betrifft, so geht es im wesentlichen um den Gesichtspunkt der Verzerrung der intertemporalen Allokation und um die angebliche Überlegenheit, welche in dieser Hinsicht eine allgemeine Verbrauchssteuer gegenüber der Einkommensteuer besitzt (vgl. hierzu das Referat von Pollak). Schließlich beschäftigt sich der Referent in diesem Abschnitt mit der unterschiedlichen Einschätzung der relativen Vorteilhaftigkeit spezieller und allgemeiner Verbrauchssteuern, je nachdem ob man dem Ansatz der „Theorie der Optimalbesteuerung“ zugrundelegt, welcher in einem institutionellen Vakuum angesiedelt ist und hinsichtlich der Handlungsmotivation der Regierenden Uneigennützigkeit unterstellt, oder ob man der Denkrichtung der „Public Choice“-Schule folgt, die den Staat eher als einen „Leviathan“ betrachtet, der seine Monopolgewalt für eigensüchtige Ziele einsetzt. Im ersten Falle scheinen spezielle Verbrauchssteuern die überlegene Lösung zu sein, im zweiten allgemeine, weil sie eher geeignet erscheinen, das Wachstum des „Liviathans“ zu hemmen.

Den Schwerpunkt des vierten Abschnittes bildet die Inzidenzproblematik, die wegen ihrer Vielschichtigkeit hier auch nicht annähernd hinreichend skizziert werden kann. Hier gilt in besonderem Maße die eingangs des Referates getroffene Feststellung, „daß die Erkenntnisse ... in allen wesentlichen Fragen kontrovers sind“. Zwei Schlußfolgerungen des Referenten sollten indes erwähnt werden, nämlich, daß die im Hinblick auf die Verteilungswirkungen allgemeiner Verbrauchssteuern vorherrschende Regressionsthese zu verwerfen sei zugunsten der Annahme einer annähernd proportionalen Inzidenz. Ferner, daß hinsichtlich der allokativen Effizienz die allgemeine Verbrauchssteuer der Einkommensteuer überlegen sei.

Hieraus wird abschließend im Hinblick auf eine Neustrukturierung des Steuersystems für eine Aufwertung der allgemeinen Verbrauchssteuer plädiert, hingegen sollten spezielle Verbrauchssteuern in einem reformierten Steuersystem eine auf wenige Abgaben beschränkte Ausnahme bilden.

F. Grünärml, Marburg

Earl, Peter E. (Ed.): Psychological Economics. Development, Tensions, Prospects. Kluwer Academic Publishers, Boston / Dordrecht / Lancaster 1987. 274 S. Dfl. 128,-.

Das vorliegende Buch liefert eine willkommene Bestandsaufnahme einer aufkeimenden wissenschaftlichen Subkultur, einer „Bewegung“, die sich aus verschiedenen Ansätzen speist. Es fließen zusammen die sozialökonomische Verhaltensforschung oder „Behavioral Economics“, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg von George Katona und Günter Schmolders mit dem Ziel entwickelt worden sind, gesamtwirtschaftliche Prozesse verhaltenswissenschaftlich zu untersuchen, die aus der angewandten Psychologie hervorgegangenen Bindestrichdisziplinen, Arbeits-, Organisations- und Konsumpsychologie und die meist mikroökonomisch inspirierten Interessen von Volkswirten, die eine erfahrungswissenschaftliche Fundierung des Marktverhaltens oder, etwa im Rahmen der Public Choice, realistische und dabei generali-

sierbare Konzepte für die Umsetzung des Eigeninteresses in wirtschaftlich relevantes politisches Verhalten, z. B. Wählerentscheidungen, benötigen.

Inzwischen hat das konstatierte Interesse an verhaltenswissenschaftlichen Zugängen zu ökonomischen Problemen zu einer eindrucksvollen Menge von integrativen Publikationen geführt. Erwähnt seien Zeitschriften wie das *Journal of Interdisciplinary Economics*, das *Journal of Economic Behavior and Organization*, das *Journal of Behavioral Economics* und das *Journal of Economic Psychology* oder auch Sammelwerke wie Gilad und Kaish (1986), Strümpel et al. (1972) und Hoyos et al. (1981).

Inwieweit haben sich die verschiedenen Zuflüsse zu einem größeren Strom formiert? Ein genauer Blick läßt thematische und methodologische Verschiedenheiten wie auch Gemeinsamkeiten erkennen. Zunächst sind es die verschiedenen eingebrachten Methodologien, die für Vielfalt sorgen. Die Sozialpsychologie bringt das Laborexperiment ein, bei dessen Nutzung die ökonomischen Psychologen ebenfalls vorwiegend auf Studenten zurückgreifen, die Organisations-, Arbeits- und Konsumpsychologie bedient sich häufig der Probanden in lebensweltlichen, daher aber auch schlecht kontrollierbaren Umwelten, während die sozialökonomische Verhaltensforschung eine langjährige Tradition in der Analyse standardisierter Massendaten aus Umfragen vorzuweisen hat.

Die den verschiedenen inhaltlichen und methodischen Interessen gemeinsamen Leit motive sind jedoch klar erkennbar. Zum einen sind die ökonomischen Psychologen einhellig skeptisch gegenüber der Annahme gegebener Ziele und Präferenzen. Zielfunktionen werden als flexibel, formbar, als Ergebnisse von Umweltveränderungen gesehen. Zweitens herrschen Zweifel an der Annahme der Rationalität und der Fruchtbarkeit der Annahme optimierenden Verhaltens vor. Drittens wird die Konzentration der ökonomischen Analyse auf statische und Gleichgewichtssituationen als unfruchtbar empfunden.

Das Menschenbild der ökonomischen Psychologen wird zusammengehalten durch eine dynamische Perspektive: Der wirtschaftende Mensch lernt; dem Lernprozeß unterworfen sind seine Ziele ebenso wie seine Kognitionen. Oft genug ist er sich unsicher über seine Ziele und die Möglichkeiten seines Handelns. Komplexität und Optionenvielfalt reduzieren die Planbarkeit, aber auch die Modellierbarkeit wirtschaftlichen Verhaltens. Die Vorstellung von der Prägung solchen Verhaltens durch „objektive“ Rahmenbedingungen im Sinne etwa des Reiz-Reaktionsmechanismus der behavioristischen Psychologie bleibt illusorisch. Die analytische Schußlinie muß zurückgenommen werden; Verhaltensdispositionen sind aus den Wahrnehmungen, aus dem subjektiven Handlungsfeld der Personen abzuleiten. Ziele, Kognitionen, Pläne strukturieren das Verhalten und werden zu primären Objekten der Forschung.

Das vorliegende Buch enthält eine Fülle von Variationen zu der vorstehenden Thematik. Die von verschiedenen, aus dem angelsächsischen Wissenschaftsraum rekrutierten Autoren angesprochenen Themen reichen von einem Vergleich von Lernprozessen in der Nationalökonomie und der Psychologie (*Malcolm Rutherford*) über die Behandlung der Psychologie des Risikos (*Ben J. Heijdra*) der Mathematischen Psychologie (*John D. Hey*) bis zur Behandlung inhaltlicher Problembereiche, etwa Lohnsetzung (*John L. Baxter*), Public Economics (*Michael A. Brooks*) und einer Bestandsaufnahme der Karrierechancen von verhaltenswissenschaftlich ausgerichteten Ökonomen durch den Herausgeber *P. E. Earl*.

Die Beiträge sind durchweg kompetent und ansprechend-reflektierend formuliert; diese Würdigung dürfte zumindest für den Leser gelten, der die Scheu vor Orthodoxie zu schätzen weiß. Auf eine unnötige Verengung des Blickfeldes ist jedoch zu veweisen. Es fehlt die Diskussion der verhaltenswissenschaftlichen Ansätze der ökonomisch

vermittelten Wohlfahrt. Die ökonomische Verhaltensforschung trägt viel bei zum Verständnis des Verhältnisses von Wohlstand zu Wohlfahrt, ein Thema, das im Anschluß an die Diskussion der Grenzen des Wachstums, der gesellschaftlichen Rolle der Technik und der sozialen Kosten der Wirtschaftstätigkeit (Kapp) besondere Aufmerksamkeit verdient. Schließlich fehlt der Beitrag verhaltenswissenschaftlicher Ansätze zur Analyse des wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Der Strukturwandel hat eine psychologische Komponente wie auch der Wert- und Kulturwandel ökonomische Konsequenzen hat. Eine in dem vorliegenden Band unerkannte Forschungsaufgabe besteht darin, die kultur- und epochenspezifischen Erfahrungen der Menschen mit dem rapidem, wirtschaftlich induzierten Wandel seiner Lebensverhältnisse in ihren Folgen für sein Verhalten und sein Befinden nachzuzeichnen. Eine solche analytische Perspektive könnte die normative Verengung einer Ökonomie kompensieren, deren implizite Fixierung auf Wachstum, technischen Fortschritt und Leistungssteigerung weit über die Wissenschaft hinaus ideologieprägend gewirkt hat.

B. Strümpel, Berlin

Hondrich, Karl Otto / Schumacher, Jürgen / Arzberger, Klaus / Schlie, Frank / Stegbauer, Christian: Krise der Leistungsgesellschaft? Empirische Analysen zum Engagement in Arbeit, Familie und Politik. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988. X, 354 S. Kart. DM 49,-.

Dieses Buch der Arbeitsgruppe Soziale Infrastruktur an der Universität Frankfurt ist ein ambitionierter Versuch, wichtigen Aspekten des sozialen Wandels anhand des Konzeptes der Leistungsbereitschaft auf die Spur zu kommen. Leistung im Sinne des Buches ist nicht Produktion im engeren ökonomischen Sinne; gemeint ist der Beitrag zum Funktionieren dreier gesellschaftlicher Bereiche: Berufsarbeit/Wirtschaft, Familie und Politik.

Die Verfasser widmen sich zunächst der Überprüfung der These von der abnehmenden Leistungsmotivation, die sie als zu leicht befinden. Sie konstatieren stattdessen gegenläufige Tendenzen. Inbezug auf die Berufsarbeit findet sich etwa einerseits eine Abwertung von harter, körperlich schwerer und ungesunder Arbeit, eine geringere Bereitschaft, nur ausführende, fremdgesteuerte Arbeit zu verrichten und der verbreitete Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung; andererseits verzeichnen die Autoren eine Aufwertung intellektuell anspruchsvoller und sozial angesehener Arbeit, auch wenn diese anstrengend ist, eine Höherbewertung als sinnvoll empfundener Arbeit und sogar einer intensiven, verdichteten Arbeit, sofern die berufsfreie Zeit dadurch länger wird. Insbesondere deutet das Hereinströmen ausgebildeter Frauen, der Hauptnutznießer der Bildungsexpansion, in das Erwerbsleben auf eine Erhöhung der beruflichen Leistungsbereitschaft hin.

Sehr viel ungünstiger stellt sich die Familie als Gegenstand der Leistungsbereitschaft dar. Die Umschichtung der weiblichen Leistungsbereitschaft von häuslicher und Familienarbeit auf die Erwerbstätigkeit wird nicht aufgewogen durch die bisher nur minimale Umorientierung der männlichen Leistungsbereitschaft in umgekehrter Richtung. Nutznießer ist die Berufswelt, Leidtragende die Familie, die destabilisiert wird – man denke an hohe Scheidungs- und niedrige Geburtenraten.

Hondrich bezeichnet das Berufssystem unserer Tage als überfordert von der Aufgabe, die ihm angebotene Arbeitsbereitschaft zu nutzen. Zwar weist die Wirtschaft unverändert hohe Produktions- und Produktivitätssteigerungen auf. Ungenutzte und enttäuschte Leistungsbereitschaft aber stößt die Betroffenen in die Schwierigkeiten

der Arbeitslosigkeit und treibt die Wirtschaft und das politische System legitimato-
risch in die Enge.

Bei dieser Argumentation wird klar, daß *Hondrich* und seine *Koautoren* Leistungs-
bereitschaft als Wert nicht verabsolutieren, sondern an der Erfüllung der Bedürfnisse
der Menschen und an der Funktionsfähigkeit der Institutionen messen. Leistungs-
bereitschaft ist zwar eine Ressource, die aber wie jede andere Ressource dem Gesetz
abnehmenden Grenznutzens bis hin in die negative Nutzenzone unterliegt. Das letzte
Kapitel des Buches widmet sich denn auch den Grenzen der Leistungsbereitschaft,
die *Hondrich* in der Aufnahmefähigkeit sozialer Systeme sieht. Eine Institution, wie
etwa das politische System, kann durch zuviel Engagement in Schwierigkeiten gera-
ten. Er verweist dabei auf die Spätfolgen der Protestbewegung der späten 60er Jahre,
die die Diskurs- und Entwicklungsfähigkeit des politischen Systems überfordert
haben könnte.

Das vorliegende Buch besticht durch die Verbindung von gründlicher und empiri-
scher Analyse und theoretischer Gesamtschau. Es ist entstanden aus dem von der
Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojekt „Soziale Differenzierung
und individuelle Leistungsbereitschaft“. Immer wieder wird auf Daten zurückgegrif-
fen, die im Projekt anhand einer standardisierten Umfrage bei der deutschen Bevöl-
kerung generiert worden sind. Gerade dem an wohlfahrtstheoretischen und institu-
tionellen Problemen oder an der Neuen politischen Ökonomie interessierten Wirt-
schaftswissenschaftler erschließen sich überraschende Einsichten aus der Lektüre
dieses Buches, dessen Grundgedanken, Argumente und empirische Analysen über die
gängigen wissenschaftstheoretischen und analytisch-weltanschaulichen Ansätze
unserer Disziplin weit hinausreichen.

B. Strümpel, Berlin